



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Koalition beschließt Gesamtpaket für Flüchtlinge

Beschlüsse entlasten Kommunen, korrigieren Fehlanreize und senden klares Signal in den Balkan

Deutschland ist in diesen Wochen und Monaten das Zielland einer nie gekannten Zahl von Flüchtlingen, die in unserem Land Sicherheit vor Krieg, Verfolgung und Not suchen. Dies ist eine Bewährungsprobe für Deutschland und für Europa, und sie stellt uns alle, Staat und Gesellschaft, vor die größte Herausforderung seit langer Zeit. Deshalb hat die Bewältigung dieser anspruchsvollen Aufgabe für die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion absolute Priorität.

Derzeit erfahren die Flüchtlinge in Deutschland eine nie gekannte Hilfsbereitschaft und Solidarität. Aber zugleich verursacht diese Hilfsbereitschaft natürlich auch einen gewissen Sogeffekt, durch den noch mehr Flüchtlinge zu uns kommen möchten. Dies kann unser Land dauerhaft nicht verkraften und daher brauchen wir jetzt eine innereuropäische Solidarität und eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Es ist das Gebot der Stunde, dass die schutzbedürftigen Flüchtlinge solidarisch und fair auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Kein Land darf sich seiner humanitären Verantwortung entziehen. Wir haben in der Vergangenheit in Europa viel Solidarität gezeigt und nun dürfen auch wir die Solidarität unserer Partner erwarten. Zugleich müssen wir menschenwürdige Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen (sog. Hotspots) in den EU-Mitgliedsstaaten schaffen, an deren Außengrenzen der Flüchtlingsandrang besonders groß ist. Sie sollten von der EU unter Beteiligung der Vereinten Nationen gemeinsam mit den betroffenen Staaten errichtet und betrieben werden, damit eine ordnungsgemäße Prüfung und Entscheidung der Asylverfahren vor der Rückführung oder Weiterreise in andere Mitgliedsstaaten sichergestellt ist.

Aber auch bei einer fairen Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten der EU müsste Deutschland als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land einen Großteil der Last tragen. Wir müssen daher eine nachhaltige Infrastruktur für die Flüchtlinge schaffen und die Integration derer vorantreiben, die dauerhaft bei

uns bleiben werden. Dazu gehört beispielsweise der frühzeitige Beginn von Sprachkursen, um dem Entstehen von Parallelgesellschaften entgegenzutreten. Im Koalitionsausschuss, der hierzu am letzten Sonntag tagte, konnte die Union viele seit langem erhobene Forderungen durchsetzen. Der Bund wird im Bundeshaushalt für das kommende Jahr 6 Mrd. Euro zusätzlich einplanen. Dieses Geld wird für Unterkunft und Versorgung der Flüchtlinge, Sprachkurse, neue Stellen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bei der Bundespolizei, eine Ausweitung des Bundesfreiwilligendienstes und für den Wohnungsbau ausgegeben werden. So werden bei der Bundespolizei für die nächsten drei Jahre 3000 Stellen zusätzlich geschaffen. Der Bund wird zudem die Länder und Kommunen beim Ausbau von ca. 150.000 winterfesten Plätzen in den Erstaufnahmeeinrichtungen unterstützen. Dabei soll befristet eine Abweichung von bestehenden Standards möglich sein, um die benötigten Unterkünfte schnell schaffen zu können.

Um nicht überfordert zu werden, müssen wir aber eine klare Unterscheidung treffen zwischen den wirklich Schutzbedürftigen und der großen Zahl derer, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. Dies gilt insbesondere für Menschen vom westlichen Balkan. Mag die Situation dieser Menschen in ihrer Heimat schlecht und die Gründe für ihre Reise nach Deutschland auch menschlich nachvollziehbar sein: Eine wirtschaftliche Notlage ist kein Asylgrund. In den letzten Monaten kamen aber fast 40% der Asylbewerber aus den Staaten des Westbalkan (Bosnien-

Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Kosovo, Albanien und Montenegro). In diesen Ländern, die alle Mitglieder der EU werden wollen, gibt es keine politische Verfolgung. Davon konnte ich mich selber mehrfach vor Ort informieren. Daher werden diese Asylanträge auch fast ausnahmslos abgelehnt. Die Koalition hat nun endlich vereinbart, dass alle diese Länder zu sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden sollen, um die Asylverfahren zu erleichtern. Dies ist seit langem Ziel von CDU und CSU und scheiterte bislang am hartnäckigen Widerstand der SPD. Jetzt bleibt zu hoffen, dass sich auch die Grünen im Bundesrat dem nicht verweigern. Hier wird es maßgeblich auf den baden-württembergischen Ministerpräsidenten ankommen. Zudem sollen Asylbewerber aus diesen Ländern bis zum Abschluss des Verfahrens in den Erstaufnahmestellen bleiben und nicht auf die Kommunen verteilt werden. Um Fehlanreize zu vermeiden, wird der Bargeldbedarf in den Erstaufnahmeeinrichtungen so weit wie möglich durch Sachleistungen zersetzt. Auch dem hatte sich die SPD bislang aus ideologischen Gründen verweigert und es ist gut, dass sie nun endlich eingelenkt hat. Zugleich wollen wir aber auch die Möglichkeiten der legalen Migration aus diesen Ländern zur Arbeitsaufnahme in Deutschland schaffen. Wer aus den Balkanstaaten stammt und einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag vorweisen kann, soll arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.

Trotz der aktuellen Herausforderungen dürfen wir aber die Fluchtursachen nicht aus den Augen verlieren. Denn die Menschen werden nur dann auf die gefährvolle Flucht nach Europa verzichten und in ihrer Heimat bleiben, wenn sie für sich und ihre Familien dort eine Zukunftsperspektive sehen. Auch wenn die Bekämpfung der je nach Land sehr unterschiedlichen Fluchtursachen einen langen Atem verlangt, muss Europa hier sehr viel mehr als in der Vergangenheit tun. Zudem müssen wir auch den Kampf gegen die Schleuser intensivieren. Der Fall der 71 erstickten Flüchtlinge in einem ungarischen LKW hat deutlich gemacht, dass Schleuser keine menschenfreundlichen Fluchthelfer sind, sondern Kriminelle, denen wir das Handwerk legen müssen!

Die Bewältigung der Flüchtlingsproblematik ist die größte innen- und außenpolitische Aufgabe unserer Zeit. Die Integration von Menschen aus unterschiedlichen Ethnien, mit unterschiedlichen religiösen Hintergründen, mit unterschiedlichen, teils auch traumatischen Erfahrungen wird ein Kraftakt für unser Land und unsere Gesellschaft sein; das sollte niemand kleinreden. Aber Deutschland ist ein starkes Land und in der Lage, diese humanitäre Aufgabe zu bewältigen. Allerdings werden auch wir Zahlen dieser Größenordnung dauerhaft nicht schultern können und daher brauchen wir dringend mehr europäische Solidarität. ■

Schlepper müssen bekämpft werden – Bundestagsmandat für bewaffneten Einsatz notwendig

Die EU will ihre Mission zur Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer in einer weiteren Stufe zur gezielten Suche nach Schleusern ausweiten. Schlepper sind keine edlen Flüchtlingshelfer, Schlepper sind Verbrecher, die sich erst an Flüchtlingen bereichern und anschließend deren Leben gefährden. Tausende sind bei der Überfahrt über das Mittelmeer bereits ertrunken. Das muss ein Ende haben. Die Bundeswehr und unsere Verbündeten können jedoch nicht an jedem Ort des Mittelmeers sein, um die Flüchtlinge zu retten. Daher müssen wir das Übel bei der Wurzel fassen. Die hochprofessionellen Schlepperbanden können wir nur bremsen, wenn wir sie auch mit militärischen Mitteln bekämpfen. Angesichts der Flüchtlingstragödie im Mittelmeer leistet die Bundeswehr bereits mit zwei Schiffen humanitäre Soforthilfe und hat über 7.200 Flüchtlinge gerettet. Für die Ausweitung der Mission müssen wir richtigerweise unseren Soldaten die

nötige Ausrüstung und die notwendigen Handlungsfreiheiten wie Durchsuchungen und Festnahmen von Schleppern gewähren. ■

Union will Meister-BAföG noch attraktiver machen

Die Unionsfraktion hat vorgeschlagen, das sog. „Meister-BAföG“ attraktiver zu gestalten. Nach unseren Plänen soll der Zuschussanteil zum Basisunterhalt von derzeit 44% auf 50% gesteigert werden und sich der Erlass bei Prüfungserfolg von heute 25% auf 40% erhöhen. Damit wollen wir die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöhen und einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Gleichwertigkeit von beruflicher und universitärer Bildung leisten. Zudem soll damit der Anreiz für eine berufliche Weiterqualifizierung erhöht werden. Angesichts der fehlenden Fachkräfte insbesondere im Handwerk ist dieser Vorschlag ein wichtiger Schritt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Es ist zu hoffen, dass sich der Koalitionspartner unserer Forderung anschließt. ■